

Stand: 04.04.2026 04:23:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10519

"Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10519 vom 15.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11633 des VF vom 31.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11897 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Modellprojekt in Anlehnung an das in Baden-Württemberg initiierte Pilotprojekt „PUMA“ für eine geregelte Zuwanderung („Einwanderungsgesetz“) ausländischer Fachkräfte in Bayern umzusetzen. Diese bayerischen Erkenntnisse sollen im Hinblick auf ein geplantes Gesetz für gesteuerte Zuwanderung auf Bundesebene zusammen mit den Erfahrungen aus Baden-Württemberg berücksichtigt werden.

Begründung:

Ohne Zuwanderung sinkt in Deutschland die Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich um 10 Millionen Menschen. So prognostizieren es diverse Fachgremien. Die demografische Entwicklung, die Flüchtlingskrise und der drohende Fachkräftemangel verlangen neben einer gezielten Qualifizierungsoffensive heimischer Arbeitskräfte nach einer gezielten Steuerung der Zuwanderung in die Bundesrepublik. Ziel muss daher sein, die Zuwanderung zum Zwecke der Arbeitsaufnahme streng von der Zuwanderung aus humanitären Gründen zu trennen. Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist ökonomisch notwendig, vorausgesetzt sie wird sinnvoll gesteuert. Diese Position vertreten auch nahezu alle Wirtschaftsverbände bzw. Wirtschaftskammern in Deutschland und in Bayern.

In dem Modellversuch sollen verschiedene Instrumente (z.B. Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild) sowie die Weiterentwicklung der Blue Card belastbar überprüft werden, um dann eine fundierte Grundlage für ein bundesdeutsches Einwanderungsgesetz zu erarbeiten. Es ist enorm wichtig, dass neben Baden-Württemberg auch in Bayern ein Modellversuch gestartet wird. Die spezifischen Besonderheiten Bayerns müssen berücksichtigt werden. Aufgrund der aktuellen Situation und der dringend notwendigen Lösung der gesamten Problematik ist es wichtig, dieses Modellprojekt umgehend zu starten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/10519**

Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Streibl**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 21. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 31. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10519, 17/11633

Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Karl Straub

Abg. Horst Arnold

Abg. Jürgen Mistol

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz (Drs. 17/10519)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass wir 24 Minuten Redezeit vereinbart haben. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als die FREIEN WÄHLER am 4. März 2016 ihr Konzept für ein Einwanderungsgesetz vorstellten, reagierte die CSU sofort. Thomas Kreuzer schrieb damals: Dafür haben wir keinen Bedarf; statt immer mehr Einreisemöglichkeiten zu fordern, brauchen wir eine klare Begrenzung des aktuellen Zustroms. – Genau das wollen wir auch, nicht eine permanente unkontrollierte Einreise, sondern eine entsprechende klare Abgrenzung.

Klar ist auch, dass die Bevölkerung in Deutschland in den nächsten 20 Jahren ohne Zuwanderung um bis zu zehn Millionen Menschen sinkt. Bayern und Deutschland brauchen aufgrund der demografischen Entwicklung und des offensichtlichen Facharbeitermangels den Zuzug hoch qualifizierter junger Menschen. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen – ob wir das wollen oder nicht –: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Damit unser Antrag nicht falsch interpretiert wird, möchte ich zwei Punkte anführen: Wir betonen ausdrücklich, dass wir daneben auch eine gezielte Qualifizierungsoffensive für heimische Arbeitskräfte durchführen müssen. Das wird aber in der Summe nicht reichen. Ziel muss es sein, die Zuwanderung zum Zwecke der Arbeitsaufnahme streng von der Zuwanderung aus humanitären Gründen zu trennen. Oft wird das in einen Topf geworfen. Wir sagen ganz klar: Die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ist ökonomisch notwendig, vorausgesetzt, sie wird sinnvoll gesteuert. Diese Position – wir

haben das auch recherchiert – vertreten praktisch alle Wirtschaftsverbände und Wirtschaftskammern in Deutschland und in Bayern.

Wir brauchen das Ganze auch nicht neu zu erfinden. Es gibt bereits gute Beispiele, die man noch verbessern kann, zum Beispiel Kanada. Dieses Vorbild sollte modifiziert werden. So kann es zum Beispiel sein, dass man in einem gewissen Zeitraum 2.000 Pflegekräfte oder 400 Ingenieure benötigt. In diesem Fall müssten sich Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, über ein Punktesystem um bestimmte Stellen bewerben. Die Punktevergabe hängt ab vom Alter, der Ausbildung, von der beruflichen Erfahrung und – ganz wichtig – von Sprachkenntnissen. Wer über dieses System ausgewählt wird, darf dauerhaft bei uns bleiben. Ein solches System ist viel sinnvoller, als zum Beispiel bei einem Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen bestimmte Personen auszuwählen. Wir haben gemerkt, dass die Euphorie inzwischen sehr stark gesunken ist. Deshalb wäre es wichtig, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen und die Zuwanderung mithilfe festgelegter jährlicher Kontingente, gegebenenfalls für bestimmte Berufe oder Berufsgruppen, sinnvoll zu steuern.

Um die Facharbeiterlücke zu schließen, gibt es schon bestimmte Instrumente, die in Deutschland angewendet werden. Genau das wird immer als Gegenargument gebracht. Das betrifft zum Beispiel die Blue Card oder bestimmte Einwanderungsmodelle. Wir haben gemerkt, dass diese Möglichkeiten seit 2013, von der damaligen Bundesregierung beschlossen, bestehen. Aber es hat noch nicht ausgereicht. Wir haben noch sehr viele Lücken, die geschlossen werden müssen. Hierbei genügen die Instrumente der Bundesregierung nicht. Ein weiterer Vorteil eines Einwanderungsgesetzes wäre, dass sich Wirtschaftsimmigranten offiziell bewerben könnten und keinen Asylgrund vorzutäuschen bräuchten.

Wir wollen, dass in Bayern ein Modellprojekt, ähnlich wie in Baden-Württemberg, geschaffen wird. Wir könnten dann die praktischen Erfahrungen nutzen, die wir in Bayern sammeln. Wir brauchen auch wichtige bayerische Erkenntnisse für eine künftige Ausrichtung der Facharbeiterzuwanderung. Deswegen können wir auch in Bayern – das

ist ganz wichtig – mögliche Veränderungen, die sich aufgrund des kanadischen Modells anbieten, mit aufnehmen. Es gibt auch eine Studie des Darmstädter Wirtschaftsforschungsinstituts, die bereits für das Jahr 2015 zeigt, dass aufgrund der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 nahezu 350.000 Facharbeiter fehlen.

Bevor wir das Modell bundesweit einsetzen, ist es wichtig und sinnvoll, in Bayern ein Projekt zu starten und zusammen mit Baden-Württemberg die Erfahrungen auszunutzen. Deswegen brauchen wir ein neues Instrument, nämlich ein Einwanderungsgesetz. Fangen wir an mit einem bayerischen Modellversuch. Ich darf auf einen Artikel in der "Bayerischen Staatszeitung" vom 13.05.2015 verweisen. Herr Neumeyer – er ist leider jetzt nicht da –, hat darin erklärt, dass er einem Einwanderungsgesetz zustimmen würde. Wir werden einmal sehen, wie er heute abstimmen wird. Leider ist er im Moment nicht da.

Das Einwanderungsgesetz ist ein konkreter Ansatz für eine qualifizierte Einwanderung. Deshalb fangen wir mit einem Modellversuch an. Das wäre in Bayern ein guter Start.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Zitat von Herrn Neumeyer kenne ich nicht. Ich weiß nicht, was er genau gesagt hat.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich habe es bei mir!)

Ich bin mir aber relativ sicher, dass er dem Modellprojekt, das Sie hier vorschlagen, nicht zustimmen wird, weil es nicht geeignet ist. Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie etwas Schlechtes wollen. Ihr Vorschlag ist aber leider nicht geeignet.

Es ist nicht so einfach, wie Sie es gesagt haben: Wenn wir 400 Ingenieure oder 200 Pfleger brauchen, holen wir die irgendwo aus einem Drittstaat. Da unterschätzen Sie, glaube ich, die Qualifikation, die auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland notwendig ist.

Ich möchte jetzt konkret auf Ihren Antrag eingehen. Was wollen Sie mit Ihrem Antrag im Wesentlichen? Sie wollen einer begrenzten Anzahl von Menschen einen Zugang auch zu sogenannten Nicht-Engpassberufen ermöglichen. Sie wollen, dass diese Leute aus Drittstaaten kommen, wobei in Ihrem Antrag die Zielgruppe – darin sehe ich auch ein großes Problem – gar nicht so genau definiert ist. Diese Zuwanderung soll nach einem Punktesystem laufen. Das ist auch sinnvoll. Die Sprache und auch die Qualifikation sollen eine sehr große Rolle spielen. Das mag ganz nett erscheinen, es führt aber an der Realität vorbei. Vernünftig wäre auch, diese Zuwanderung auf 3.000 Personen zu begrenzen, wenn sie kommen sollte. Sie nehmen dabei eine Anleihe in Baden-Württemberg. Wir in Bayern haben es aber überhaupt nicht nötig, dass wir Anleihen in Baden-Württemberg nehmen. Ich glaube, über unseren Fachkräftemangel sollten wir uns selber Gedanken machen und keine Anleihen aus Baden-Württemberg nehmen. Wir Bayern sollten selbstbewusst genug sein. Dass aber die FREIEN WÄHLER manchmal Anleihen nehmen, ist ganz normal.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Das ist doch genau der Grund für den Antrag!)

Ich kann aus eigener Erfahrung berichten. Ich bin mittelständischer Unternehmer und an diversen Projekten beteiligt, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Seit Jahren stelle ich fest, dass dieses Vorhaben so, wie es hier aufgezeigt wird, in der Praxis nicht so einfach durchzuführen ist.

Ich habe es vorher schon gesagt. Sie haben die Zielgruppe gar nicht genau definiert. Wenn wir unsere Kraft und unsere finanziellen Mittel in anderen Bereichen einsetzen würden, würden wir wesentlich mehr erzielen. Ein erheblicher Aufwand wäre nötig.

Woher nehmen Sie diese 3.000 Leute? Wie kommt dieses Projekt zu den Menschen, die Sie damit ansprechen wollen? – Der Aufwand ist es nicht wert, dieses Projekt überhaupt zu versuchen.

Daneben unterschätzen Sie noch etwas. Wir brauchen in Deutschland wirklich hoch qualifizierte Fachkräfte. Die sind nicht so ganz einfach zu finden. Ich war an Europa-projekten, an sogenannten Spanienprojekten usw. beteiligt. Schon innerhalb Europas ist es außerordentlich schwierig, Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zu finden. Auch in Europa ist ein riesiges Potenzial vorhanden. Wir sollten uns auf die Freizügigkeit innerhalb Europas konzentrieren und schauen, dass wir die Leute aus Europa qualifizieren. Menschen aus Drittstaaten zu holen, um irgendwelche Lücken in sogenannten Nicht-Engpass-Berufen zu schließen, macht keinen Sinn. Vor allem werden wir niemanden finden, der unseren Ansprüchen gerecht wird – "niemand" ist vielleicht etwas überzogen, aber jedenfalls viel zu wenige.

(Beifall bei der CSU)

Wie sieht es insgesamt aus? – Fairerweise haben Sie erwähnt, dass es bereits zahlreiche Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland gibt. Die Standards sind inzwischen mehrfach gesenkt worden, sodass die OECD sagt – das werden Sie auch wissen –, Deutschland und damit auch Bayern sei ein Staat mit sehr niedrigen Zugangskriterien zum Arbeitsmarkt. Es gibt also sehr gute Chancen, auf einem ganz legalen Weg auf unseren Arbeitsmarkt zu kommen. Begründen Sie Ihr Modellprojekt noch einmal genauer. Ich glaube, dass es keinen Sinn macht, weil wir bereits Zuwanderungsmöglichkeiten haben. – Sie lachen selber, Ihr Lachen interpretiere ich so, dass Sie mir absolut recht geben.

Eines muss man schon auch ganz deutlich sagen: In dieser Zeit noch weitere Anreize nach außen zu geben und auch nur den Anschein zu vermitteln, bei uns wäre ein einfacher und grenzenloser Zugang möglich, ist der absolut verkehrte Weg.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir brauchen doch Fachkräfte!)

Wir haben und hatten einen massiven Zustrom von Asylbewerbern. Wir haben noch jede Menge Aufgaben zu bewältigen. Dabei haben wir aber auch einige Chancen, und auf die sollten wir uns konzentrieren.

(Beifall bei der CSU)

Innerhalb Europas – ich habe es vorhin schon erwähnt – haben wir ein riesiges Potenzial. Es gibt 500 Millionen EU-Bürger. In Spanien und in Portugal haben wir eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit. Teilweise beträgt die Jugendarbeitslosigkeitsrate dort bis zu 50 %. Dort sind Märkte für den Bedarf an Facharbeitern, die wir erschließen müssen. Wir brauchen momentan keinen Zugang aus Drittstaaten.

Ich habe es auch schon einmal erwähnt: Wir haben bei der Integration schon jetzt große Herausforderungen. Wir haben Hunderttausende von anerkannten Asylbewerbern, bei denen wir uns sehr anstrengen müssen. Sie tun immer so, als wäre es wahn-sinnig leicht, die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir werden Jahre brauchen, um die Menschen, die als anerkannte Asylbewerber über Jahre bei uns bleiben werden, in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich bin selber mittelständischer Unternehmer. Unsere Jugendlichen gehen neun, zehn oder zwölf Jahre in die Schule. Auch diese können nicht immer so einfach in den Ausbildungsmarkt integriert werden. Das gelingt uns zwar relativ gut, aber wir können nicht einfach Leute aus einem Drittstaat holen, die dann in ein oder zwei Jahren so fähig sind, dass sie unseren Facharbeitermangel abhelfen können. Das geht an der Realität vorbei.

Eine kleine Provokation, Herr Dr. Fahn: In den letzten 14 Tagen wurde in der Presse sehr viel über Digitalisierung geschrieben. Wir müssen erst einmal verifizieren, wie viele Fachkräfte wir in den nächsten 10 bis 20 Jahren brauchen. Wir haben einen Bevölkerungsrückgang. Das ist vollkommen richtig. Prophezeit wurde aber auch, dass sehr viele Facharbeiter leider durch die neuen Methoden der Digitalisierung ersetzt werden. Auch insofern sollten wir jetzt nicht einen Aktionismus an den Tag legen und

Tausende oder Hunderttausende Menschen ins Land holen, für die wir auf lange Sicht überhaupt keine Arbeit mehr haben werden.

Mein Fazit daraus: Wir brauchen momentan weder ein Einwanderungsgesetz noch ein Modellprojekt, sondern wir müssen uns gezielt auf die vorhandenen Potenziale konzentrieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Dr. Fahn hat eine Zwischenbemerkung.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Straub, dass Sie nicht so sehr auf Baden-Württemberg schauen wollen, akzeptiere ich. Deswegen schlagen wir auch einen Modellversuch in Bayern vor. Dann können Sie selbst die Bedingungen bestimmen.

Natürlich gibt es schon viele Menschen aus dem Ausland mit einem Aufenthaltstitel. Sie reichen aber offensichtlich nicht aus. Noch immer fehlen qualifizierte Fachkräfte. Wir wollen auch nicht Hunderttausende hier reinholen. Wir wollen gezielt Menschen reinholen. Vorab wird bestimmt, wie viele wir benötigen, und die lassen wir dann rein. Wir wollen nicht Hunderttausende unkontrolliert hier reinlassen.

In einer Statistik vom Mai 2016 sehen wir, in welchen Berufen wir Mangel haben. In der Mechatronik fehlen 45.000, in der Logistik 45.000. Es gibt eine große Liste, auf der man sehen kann, dass es noch Bedarf gibt. Und diesen Bedarf müssen wir decken. Das ist doch ein ganz wichtiger Punkt. Es geht um qualifizierte Fachkräfte, die wir holen wollen.

Wir hören zum Beispiel immer wieder vom Arbeitskräftemangel im Gastgewerbe. Gerade das Gastgewerbe steht aber nicht auf dieser Liste. Diese Liste umfasst 130 Titel. Das ist richtig. Es gibt aber noch viele Berufe, die nicht auf dieser Liste stehen. Auch für diese müssen wir den Markt öffnen. Wir wollen nicht Hunderttausende hier reinho-

len, sondern gezielt einige Hunderte oder Tausende, die wir nach einem Punktesystem genau auswählen. Der bayerische Modellversuch könnte dabei helfen, dass wir die Bedingungen für die Zuwanderung insgesamt festzulegen.

Karl Straub (CSU): Danke, Herr Dr. Fahn, für Ihre Feststellung, dass wir keine Anleihen von Baden-Württemberg brauchen. Dann frage ich mich aber, warum Sie eine Anleihe in Baden-Württemberg machen. Am Problem des Fachkräftemangels arbeiten wir seit Jahren. Sie sagen, wir sollten in einem ersten Schritt die Zuwanderung auf 3.000 begrenzen, um sie dann nach einem gewissen Punktesystem zu öffnen. Sie kennen aber die Zielgruppe gar nicht. Sie sagen jetzt, wir wollen nicht unbegrenzt Menschen hier reinholen, auf der anderen Seite schlagen Sie aber ein Punktesystem vor, obwohl Sie den Markt und die Menschen gar nicht kennen. Sie wissen überhaupt nicht, ob es am Schluss 5 Millionen, 6 Millionen oder 10 Millionen Menschen sein werden. Wenn Sie es anders meinen, müssen Sie es richtig in Ihren Antrag schreiben. Nach Ihrem Antrag ist es so: Wenn man über Punkte eine Qualifikation erreicht, hat man die Möglichkeit der Zuwanderung. Sie wissen aber nicht, ob das in ferner Zukunft in den Drittstaaten 5 Millionen, 10 Millionen oder 15 Millionen Menschen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Lassen Sie mich halt antworten, Herr Dr. Fahn.

Sie haben Mechatroniker gelernt. Ich bin Unternehmer und würde gern Mechatroniker einstellen. Aber das ist nicht so einfach, wie Sie das in Ihrem Modellversuch aufzeigen. In der Praxis ist es wesentlich schwieriger. Wir haben, wie gesagt, die EU. Wir haben viele osteuropäische Staaten, wo wir zum Teil gute Erfahrungen gemacht haben. Aber glauben Sie mir, das ist unser Markt. Wir müssen dafür sorgen, dass Jugendliche aus Spanien kommen, die eh kommen dürfen. Sie werden bei mir bezüglich Drittstaaten keine Begeisterung wecken können,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Schade!)

weil ich da die Menge der Menschen nicht kenne. Denken Sie noch einmal nach und lassen Sie sich etwas Neues einfallen. Aber Ihr Antrag ist absolut verkehrt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir müssen erst einmal ein Wort darüber verlieren, dass Baden-Württemberg und Bayern vor einiger Zeit noch eine glorreiche Südschiene gebildet haben, Wahlergebnisse dieser Südschiene unter Umständen eingebrochen sind und davon das Erinnerungsvermögen abhängt. Es gab zuzeiten eines Ministerpräsidenten Mappus und noch früher kaum ein Element, bei dem man ein Blatt dazwischen bekommen hat, wenn arbeitsmarktpolitische Dinge vorangetrieben worden sind. Dass es jetzt plötzlich anders ist, ist auch den bayerischen Wählern nicht richtig zu erklären.

Grundsätzlich handelt es sich, Kollege Straub, nicht um ein Modell, das dazu dienen soll, Leute hereinzuholen. Es handelt sich – damit haben sich wenige auseinandergesetzt – um ein punktebasiertes Modellprojekt für ausländische Fachkräfte. Das Bedürfnis hat in diesem Bereich die Wirtschaft, die Industrie. Der Fachkräftemangel – darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten – wird von allen Seiten festgestellt. Für Hochqualifizierte haben wir die blaue Karte; da ist der Zugang kein Problem. Seit 2013 gibt es eine Positivliste für sogenannte Engpassberufe, die die Bundesagentur für Arbeit erstellt hat. Auf ihr stehen über 130 Berufe: Gesundheitsbereich, Pflegebereich, Mechatronik, Elektroberufe, Verkehr und Logistik. Das gibt es schon seit 2013.

Nach dem Antrag soll versucht werden, zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und zusammen mit Baden-Württemberg ein Modell zu entwickeln, wie Fachkräften mit anerkannter Berufsausbildung erstmals der Zugang zu Berufen ermöglicht werden kann, die nicht auf der Positivliste stehen, wenn bestimmte Kriterien zur Integrationsfähigkeit festgelegt sind. Da ist eines der Hauptkriterien die deutsche

Sprache, aber auch die Bindung an die deutsche Nation, beispielsweise durch bereits hier lebende Verwandte. Dazu kommt – das ist das Entscheidende, und das wird hier unterschlagen – ein bereits vorhandener Arbeitsplatz. Der bereits vorhandene Arbeitsplatz bedeutet nicht, dass wir jemanden hereinholen wollen. Vielmehr kann jemand nur kommen, wenn die Wirtschaft einen vorhandenen Arbeitsplatz meldet. Das Modell soll dazu dienen, Menschen aus Drittstaaten den Zugang zu erleichtern. Wenn die Kriterien von der Verwaltung geprüft und erfüllt sind, soll ein Pool geschaffen werden, in dem sich die Arbeitnehmer, die möglicherweise aus Drittstaaten kommen, einfinden und aus dem sich interessierte Arbeitgeber geeignete Leute heraussuchen, um eine effiziente, sozialverträgliche, und auch insgesamt angemessene Beschäftigung zu ermöglichen. Das ist ein Modellversuch, und bei einem Modellversuch darf es doch keine Denkverbote geben.

Wir alle wissen, dass die Zuwanderungsproblematik häufig mit Dingen vermennt wird, was humanitäre Hintergründe von Asylbewerbern betrifft. Genau das sollte nicht geschehen. Es geht um das Bedürfnis der Wirtschaft, fähige Fachkräfte zu bekommen, und zwar keine Akademiker und in Bereichen, die nicht auf der Engpassliste stehen.

Dass das Modell auf 3.000 Menschen begrenzt sein soll, heißt nicht, dass man 3.000 Menschen hereinholen kann, sondern dass man die Kapazitäten von vornherein so auslegt, dass insgesamt 3.000 Menschen diese Möglichkeit wahrnehmen können. Sollten nur 100 diese Möglichkeit wahrnehmen, ist das Modell trotzdem sinnvoll und zielführend und liefert Erkenntnisse, die wir haben wollen, wenn es darum geht, Zuwanderung in dieses Land aus verschiedenen Gründen zu steuern.

Man spricht von Punktesystemen. Herr Straub, Sie haben auf Kanada hingewiesen. Man muss wissen, wie die Punkte aufgeteilt werden. Man muss in Deutschland konkrete praktische Erfahrungen machen. Jetzt sind wir beim Modellland Bayern. Erfahrungen im Modellland Bayern sind, wenn man es ernst nimmt, Premiererfahrungen. Warum weigern Sie sich dann, in dem Premiuland Bayern mit der besonderen bayerischen Implikation des Sachverständes Premiererfahrungen zu machen? Man könn-

te sagen: Wir meinen es ernst nicht für die Zuwanderer, sondern für unsere Wirtschaft mit Prosperität, damit weiterhin die Möglichkeit besteht, zugunsten von uns allen aus dem sogenannten Humankapital zu schöpfen, das die Welt zur Verfügung stellt. Uns bricht doch kein Zacken aus der Krone, wenn wir dieses Modell zusammen mit anderen befürworten. Es wird ja auch von Beiräten wie der Industrie- und Handelskammer kontrolliert, begleitet und evaluiert.

Sie sagen, wir hätten das bereits und bräuchten weiter nichts, das stimmt nicht; denn die Wirtschaft sagt, sie braucht es. Wir wissen, dass wir es nicht haben. Erfahrungen in diesem Bereich zu sammeln, ist doch für uns alle sinnvoll. Wenn es dazu nützt, die Wirtschaft voranzubringen, und keinen Schaden anrichtet, ist es umso notwendiger, das Denkverbot aufzuheben und aus der Wagenburg-Mentalität, der Sie immer noch verhaftet sind, nach dem Motto "Liberalitas Bavariae" auch zugunsten der Wirtschaft herauszukommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt der Herr Kollege Mistol, bitte.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebeitrag von Herrn Straub kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Thema Fachkräftemangel zumindest bei der CSU immer noch viel zu sehr unterschätzt wird. Herr Straub, Bedenkenträgerei statt Lösungsansätzen hat Ihre Rede gekennzeichnet.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Mit dem Kollegen Straub spricht halt ein Fachmann!)

– Ich darf trotzdem das sagen, was ich empfinde, liebe Frau Kollegin. – Wir alle in diesem Hause führen, auch wenn wir kein mittelständisches Unternehmen führen, immer

wieder Gespräche, zum Beispiel mit den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern. Wir besuchen große Unternehmen, wir besuchen kleine Handwerksbetriebe. Wir haben vielfältige Begegnungen mit der Wirtschaft. Da wird uns das Thema Fachkräftemangel immer wieder rückgespiegelt.

Wir haben als GRÜNEN-Fraktion im Frühjahr Betriebe besucht, die ganz gezielt Flüchtlinge ausbilden. Mich hat immer interessiert, warum ein Betrieb einen Flüchtling ausbildet. Die Motivation war sehr vielgestaltig. Sicher haben da manche Unternehmer auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung gespürt. Aber immer spielten auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle; denn es gibt einfach nicht genügend geeignete Bewerber. Deswegen hat man auch Flüchtlingen eine Ausbildung angeboten. Da sind die Unternehmen viel risikofreudiger, als das offensichtlich bei der CSU der Fall ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuwanderung und Einwanderung werden von der Wirtschaft nicht nur als Herausforderung empfunden – sicher sind sie mit Problemen verbunden –, sondern vor allem auch als Chance, gerade was den Fachkräftemangel betrifft. Die künftige Lebensqualität wird auch in Bayern davon abhängen, wie viele Menschen in Zukunft bei uns arbeiten und damit zur Sicherung des Wohlstands beitragen werden. Neben der Mobilisierung der eigenen Potenziale werden wir dann auch gut ausgebildete Menschen aus der ganzen Welt brauchen.

Es ist gut, Erfahrungen zu sammeln, ja, es ist sogar überfällig, weil Deutschland in Sachen Einwanderung bzw. Gestaltung dieser Einwanderung immer noch Entwicklungsland ist. Insofern halten wir GRÜNE es für sinnvoll, an diesem Modellprojekt in Anlehnung an das in Baden-Württemberg initiierte Pilotprojekt PUMA für eine geregelte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte in Bayern teilzunehmen.

Die Zeit, Kollege Straub, in der Sie alles ablehnen, was aus Baden-Württemberg kommt, müsste auch für Sie langsam vorbei sein. Sie haben doch sicherlich schon mitbekommen, dass Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde in Baden-Württemberg mittlerweile mitregieren.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Mit!)

– Ja, ganz deutlich mitregieren.

Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der FREIEN WÄHLER geht in die richtige Richtung. Allerdings geht er aus unserer Sicht nicht weit genug. Wir GRÜNE sagen, es ist Zeit, dass sich gerade auch die CSU ernsthaft Gedanken über ein modernes Einwanderungsgesetz macht, das mehr Bereiche regelt als das, was wir gerade hier besprochen haben, und das auch für Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind oder zu uns kommen, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt bietet. Insofern werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke sehr. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Mistol, es ist schon bemerkenswert, dass Sie mir unterstellen, ich hätte vom Fachkräftemangel wenig Ahnung. Sie sagen, Sie seien absoluter Mittelstandsexperte, weil Sie Handwerksbetriebe usw. besucht hätten.

Ich besuche öfters einmal Krankenhäuser und Ärzte, kann aber trotzdem keine Operationen durchführen.

(Beifall bei der CSU)

Seit über 20 Jahren leite ich allerdings einen mittelständischen Betrieb in Eigenverantwortung und Vollhaftung. Das heißt, ich versuche zusammen mit meinen Mitarbeitern, Zukunft zu gestalten. Ich mache mir über den Fachkräftemangel jeden Tag Gedanken.

Glauben Sie mir, die Überlegungen, die der Antrag von Dr. Fahn enthält, haben wir ebenfalls angestellt. Wir haben festgestellt, dass das so nicht funktioniert. Das ist nicht alles so einfach, wie Sie sich das vorstellen: Ich mache schnell mal einen Versuch und hole ein paar Leute aus Drittstaaten, und schon ist der Fachkräftemangel behoben.

Das ist kompletter Blödsinn. Sagen Sie mir doch einmal ganz genau, woher die Leute kommen sollen, die Sie haben wollen. Stellen Sie sich doch einmal vor: Wir haben die EU mit circa 500 Millionen Einwohnern. Spanien hat eine Jugendarbeitslosigkeit von circa 50 %. Warum bündeln wir nicht alle Kräfte, um aus diesen Ländern unsere nötigen Facharbeiter zu gewinnen?

Sie sollten hier nicht irgendwelche Schauanträge einbringen, sondern praxisgerechte Überlegungen anstellen, und Sie sollten vor allen Dingen einem Mittelständler nicht unterstellen, er habe vom Fachkräftemangel keine Ahnung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte sehr, Herr Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Kollege Straub, dass Sie sich nicht vorstellen können, dass das funktioniert, heißt noch lange nicht, dass es tatsächlich nicht funktioniert.

(Widerspruch bei der CSU)

Kollege Straub, man macht ein Pilotprojekt, um auszuprobieren, ob so etwas überhaupt funktionieren kann.

Ich wundere mich schon, dass Sie unterstreichen, Unternehmer zu sein. Die Unternehmer, mit denen ich zu tun habe, sind sehr risikofreudig; denn das gehört zum Unternehmergeist einfach dazu. Sie aber wissen bereits im Vorfeld, dass das nichts werden kann. Insofern halte ich es für gut, alles einmal auszuprobieren. Und wenn Sie meinen, dass das nicht geht, dann ist das halt so. Dann versuchen es die anderen Bundesländer, und dann schauen wir uns an, was in den anderen Bundesländern herauskommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in die namentliche Abstimmung können wir noch nicht eintreten, weil die Wartezeit noch nicht er-

reicht ist. Ich gebe Ihnen deshalb nur noch ein paar organisatorische Punkte bekannt. Die Tagesordnungspunkte 9 bis 11 – Stichwort Reptilien – werden erst am Ende der Dringlichkeitsanträge aufgerufen. Das heißt, nach der Mittagspause beginnen wir mit den Dringlichkeitsanträgen, und nach dem ersten Block von Dringlichkeitsanträgen werden wir die namentliche Abstimmung zum jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt durchführen.

Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16", Drucksache 17/9379, bekannt: Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für die Mittagspause. Es geht um Viertel vor zwei – oder auf Fränkisch: drei viertel zwei – weiter.

(Unterbrechung von 13.15 bis 13.48 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Mittagspause ist vorbei. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Bevor ich die Dringlichkeitsanträge aufrufe, weise ich nochmals darauf hin, dass zum vorherigen Tagesordnungspunkt 8 namentliche Abstimmung beantragt wurde. Diese namentliche Abstimmung führen wir am Ende des ersten Blocks der Dringlichkeitsanträge durch.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Modell-

projekt für ein Einwanderungsgesetz" auf der Drucksache 17/10519. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen befinden sich dort, wo sie immer sind. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.06 bis 15.11 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis, wie immer, draußen zu ermitteln. Ich bitte die Kollegen, wieder die Plätze einzunehmen.

Ich habe noch bekannt zu geben: Bei Tagesordnungspunkt 5 ist die **Listennummer 14** der nicht einzeln zu beratenden Anträge noch offen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen" auf Drucksache 17/10566. Die Aussprache wird wohl durch einvernehmliche Absprache der Fraktion auf Dienstag, den 14.06.2016 verschoben. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt heute nicht aufgerufen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nun gebe ich noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz", Drucksache 17/10519: Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2016 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz (Drucksache 17/10519)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried				Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		
Gehring Thomas	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	64	83	0